

Workshop 1: Kommunale Weichen stellen

Moderation: Dr. habil. Sabine Hafner, Dr. Götz Braun (beide KlimaKom eG) und Danielle Rodarius (RENN-SÜD, ZnK)

Protokoll: Sebastian Norck (Universität Bayreuth, Abteilung Stadt- und Regionalentwicklung), unterstützt von Jannis Schiffner (KlimaKom eG)

Fotos: Sebastian Norck und Jens Wagner



Ziel

Kommunen haben umfangreiche Kompetenzen und Möglichkeiten, um eine Transformation zur Nachhaltigkeit vor Ort zu gestalten. Ziel des Workshops war es, diese Möglichkeiten auszuloten und Lösungen zur Umsetzung einer nachhaltigen und damit resilienten kommunalen Entwicklung herauszuarbeiten. Dabei wurde sowohl übergreifend für Kommunen allgemein als auch an konkreten Beispielen aus einzelnen Städten und Landkreisen, aus denen die Teilnehmenden kommen, an einem Konzept zur Implementierung einer Transformationsstrategie vor Ort gearbeitet.

Begrüßung und Vorstellungsrunde

Wandelwerkstatt

Dr. Götz Braun begrüßte die Anwesenden und bat um eine kurze Vorstellung, bei der die Workshopteilnehmer neben ihrem fachlichen und beruflichen Hintergrund v.a. darstellen sollten, was aus ihrer Sicht die bisher größten Erfolge und die größten Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer Transformation bei ihnen vor Ort waren.



Als Erfolge wurden konkrete Projekte und Initiativen (u.a. Transition-Town bzw. Transition-Haus, Energiewende-Bündnis, Ökomodellregion), aber auch „kleinere“ Ansätze für mehr Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene (z.B. Mitfahr-Bänke, Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität) genannt. Ein Diskussionsteilnehmer resümierte angesichts der vielen aufgezählten Aktivitäten, dass es bereits zahlreiche „kleine Keimzellen“ für die Nachhaltigkeitstransformation vor Ort gäbe.

Als Schwierigkeiten, die einer Umsetzung des Nachhaltigkeitswandels entgegenstehen, wurden folgende Aspekte angeführt:

- Das Know-how der Bürger werde bislang oft zu wenig genutzt.
- Ökologischer Siedlungsbau sei noch zu wenig umgesetzt und auf Anforderungen der Baubiologie werde zu wenig geachtet.
- Man verfolge zu häufig „eingetretene Pfade“, was auch damit zusammenhänge, dass vorhandene Infrastrukturen Entscheidungen in gewisser Weise vorausbestimmen würden.
- Gegenüber innovativen Vorhaben bestünde häufig Skepsis in der Bürgerschaft. Andererseits sei mangelnde Experimentierfreude aber auch bei politischen Entscheidungsträgern zu beobachten.
- Im politischen Raum werde zu stark in Fraktionsgrenzen gedacht.
- Negative Narrative bestimmten den Diskurs über Nachhaltigkeit.
- Am vielerorts zu beobachtenden bedenkenlosen Umgang mit alten Baumbeständen zeige sich, dass ökologische Belange zu wenig in der kommunalen Praxis verankert seien.
- Der Nachhaltigkeitswandel müsste von engagierten Personen getragen werden. Die Leute seien aber zunehmend stark beschäftigt, was Engagement für die Sache erschwert.

Ablauf des Workshops

Zu Beginn des Workshops stellte Dr. habil. Sabine Hafner in einem Impulsvortrag Anforderungen an Inhalte, Strategien und Organisationsformen für eine transformative Kommunalpolitik vor (siehe Präsentation zum Vortrag). Dabei betonte sie, dass es eigentlich nicht um Klimaschutz gehe, sondern vielmehr von Menschenschutz zu sprechen wäre, da Klimaschutz unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen sei. Sie nannte aktuelle Initiativen wie die Schülerproteste der „Fridays for future“ oder die wissenschaftliche Unterstützungsinitiative „Scientists for future“ und plädierte dafür, dass es auch so etwas wie „Mayors for future“ und „Councillors for future“ geben sollte, um gemeinsam im Schulterschluss von Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft für „Cities for future“ aktiv zu werden.



In ihrem Impulsvortrag ging Sabine Hafner auf die unterschiedlichen Rollen ein, die Kommunen im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit haben können, von ihrer Funktion als Planungs- und Regulierungsinstanz (z.B. Stadtplanung) über ihre Rolle als Versorger (z.B. Stadtwerke) bis hin zur vorbildgebenden Funktion, die die Kommunen als Verbraucher (z.B. im Beschaffungswesen für die Verwaltung) einnehmen können (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Die 5 Rollen der Kommunen im Bereich Klimaschutz/Nachhaltigkeit

Verbraucher und Vorbild	Planer und Regulierer	Versorger und Anbieter	Berater und Promoter	Supporter und Vernetzer
- Beschaffungs- und Vergabewesen - Energetische Sanierung und Energiemanagement in den kommunalen Liegenschaften - Nutzung erneuerbarer Energien	- Klimaschutz in der Bauleitplanung - Verbot fossiler Brennstoffe - Solararchitektur, solarer Städtebau - Energieeffizienz über dem Standard	- Stadtwerke - Öko-Tarife und 100% Versorgungsziele - Ausbaustrategien - Nahwärmenetze - Netzmanagement - Rekommunalisierung	- Energiespar- und Sanierungsberatung - Steigerung der Sanierungsquote - Quartierskonzepte - Zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit	- Mobilisierung bürgerschaftlicher Initiativen - Wiederbelebung lokaler Agenda-Prozesse - Koordination von Bürgerenergiegenossenschaften

Wandelwerkstatt

- Klimafreundlicher Fahrzeugpark (E-Mobile, Fahrräder) - Fahrverhalten - Verkehrsmittelnutzung - ...	- Ressourcenschonende Siedlungsstrukturplanung - Energienutzungsplanung, Klimaschutzkonzepte - 100%-Strategie - Verkehrsplanung, Rolle von MIV und Umweltverbund, öffentlicher Raum, Fahrrad - ...	- Regionalwerke - Verkehrsbetriebe - Energetische Nutzung von Abwasser und Abfällen - Wohnungsbau	- Verbraucherberatung - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung - Erwachsenenbildung - Klimaschutz als Aufgabe von Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Citymarketing und Beteiligungsmanagement	- Runde Tische der Wirtschaft zum Klimaschutz - Impulse in Vereinen, Verbänden - Koordination von Bündnissen - Unterstützung von vorbildlichen Aktionen
---	--	--	---	--

Quelle: Eigene Darstellung, verändert nach WZB 2005

Sabine Hafner betonte, dass es darum ginge, dass Kommunen vermehrt als Impulsgeber und Koordinator für Nachhaltigkeitsaktivitäten auftraten. Sie sollten Pioniere des Wandels unterstützen, was u.a. bedeuten könne, Innovationen anzuregen, Räume für Neues zu eröffnen, Starthilfe für neue Aktivitäten zu geben und diese beratend zu begleiten. In verschiedenen Handlungsfeldern der Kommunalentwicklung wie Energieversorgung, Siedlungsentwicklung, Mobilität usw. gehe es nicht nur darum, künftig stärker als bisher das Richtige zu tun, sondern auch das Falsche sein zu lassen. Neben Innovationen wären also auch Exnovationen, d.h. die Abschaffung nicht nachhaltige Strukturen und Praktiken (z.B. die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete „auf der grünen Wiese“) zu bedenken (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Das Richtige tun und das Falsche sein lassen

Bauen	
• Solares Bauen zum Standard machen (E+ Haus) • Konsequente Innenentwicklung • Holz als Baustoff durchsetzen	• Fossile Energieträger zulassen • Neue Wohngebiete ausweisen • Mit Beton, Sand und Zement bauen
Siedlungsentwicklung	
• Lebensmittelmärkte in den Ortskern bringen bzw. dort halten • Genossenschaftliche Dorfläden fördern • Nachbarschaftliche Einkaufsdienste aufbauen • Prosumentenstrukturen stärken (z.B. SoLawi) • Gemeinschaftliche Gemüse gärtnern	• Supermärkte an den Ortsrand auf die grüne Wiese setzen • Ortskerne funktional austrocknen • Landwirtschaft weiter industrialisieren
Energie	
• Erneuerbare Energien ausbauen (z.B. Solares Dächerprogramm) • 100%-Strategie, Speicherprojekte • Stadtwerke gründen, Netz übernehmen • Bürgerenergiegenossenschaften • Sanierungsmanagement, Quartierskonzepte, Nahwärmenetze, ...	• Fossile Energien importieren • Abhängigkeiten zementieren • Krisenanfälligkeit beibehalten
Wirtschaft	
• Wirtschaftsförderung 4.0 • Bestandspflege für Handwerk und regionales Gewerbe	• Traditionelle Ansiedlungspolitik • Expansiven Wachstumspfad beschreiten
Bildung und Kommunikation	
• Kommunikationskampagne für NHE • Ideenwerkstätten, Inno-Labs	• Werbung im öffentlichen Raum für nicht nachhaltige Unternehmen

Wandelwerkstatt

• Populistischen Strömungen folgen	
Arbeit und Mobilität	
• Co-Working-Spaces anbieten • Car-Sharing aufbauen • Mobilitätsmanagement anbieten • ÖPNV ausbauen • Radverkehrsinfrastruktur ausbauen • E-Mobilitätsgenossenschaften unterstützen	• Neue Straßen bauen • Parkplätze ausweisen • Autogerecht denken und handeln
Wohnen	
• Konsequente Innenentwicklung • Nachverdichtung • Wohnraummanagement • Kommunalen Wohnungsbau • Wohnungsbaugenossenschaften • Neue Wohnformen im Ortskern	• Neue Baugebiete ausweisen • An der Kostenspirale drehen • Selektive Wohnungsangebote bereithalten, so dass junge Menschen abwandern

Quelle: Eigene Darstellung

In der Diskussion zum Impulsvortrag von Sabine Hafner wurde zunächst mit Hinblick auf die Energieversorgung betont, dass immer die Versorgungssicherung im Fokus stehen sollte. Es müsse darum gehen, die Grundlast sicher zu decken. Dabei sei auch zu bedenken, wie der Strom von den Erzeugungs- zu den Verbrauchszentren transportiert werden kann. Viele kleine Schritte zu gehen, sei bei der Energiewende sinnvoller als ein Masterplan. So seien die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, Blockheizkraftwerke, Photovoltaik und Elektrofahrzeuge gute Beispiele für Fortschritte in der Energiewende. Bei all dem sei die Finanzierbarkeit von zentraler Bedeutung. Außerdem sei im Hinblick auf die Mobilität darauf zu achten, dass es Berufsgruppen mit besonderen Ansprüchen gebe (z.B. Krankenpflegepersonal, das Nachtdienste hat).

Moderator Dr. Götz Braun entgegnete auf die seiner Meinung nach berechtigten Einwände und Bedenken, dass es im Workshop zunächst darum gehen sollte, sich nicht von Zweifeln nähren zu lassen, sondern zu überlegen, welche Veränderungen passieren müssten.

Ein Diskussionsteilnehmer betonte, dass ein effizientes Vorgehen wichtig sei. Man solle nicht zu viel Aufwand in kleine Veränderungen stecken. Daraufhin erwiderte der Moderator, dass Effizienz durchaus von Bedeutung sei, allerdings sollten bei den notwendigen Veränderungen auch der Spaß und die Lebensfreude nicht zu kurz kommen.

Eine Workshopteilnehmerin wies darauf hin, dass nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch auf übergeordneten Ebenen Strukturen verändert werden müssten. Z.B. sei nicht nachvollziehbar, weshalb Zuweisungen an die Kommunen von der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten oder dem Bau von neuen Straßen abhängig seien. Sabine Hafner ergänzte dazu, dass Kommunen in eine expansive Flächenpolitik getrieben werden, indem ihre Finanzierung von Gewerbesteuern und der Einwohnerzahl abhängig gemacht wird. Sie plädierte dafür, die Finanzierung von Kommunen auf andere Grundlagen zu stellen.

 Wandelwerkstatt

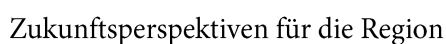


Eine weitere Workshopteilnehmerin betonte, dass es darum gehen müsse, das verbreitete und aufgrund des üblichen „Kampfs um Finanztöpfe“ quasi unvermeidliche Einzelkämpfertum – sowohl im interkommunalen Wettbewerb als auch innerhalb einer Kommune zwischen verschiedenen Initiativen – zu überwinden und stattdessen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Dafür seien ihrer Meinung nach die Bildung von Plattformen und die Bündelung von Initiativen entscheidend. Sabine Hafner regte an, vorhandene Veranstaltungen wie etwa Neujahrsempfänge oder Veranstaltungen für Neubürger als Vernetzungsmöglichkeiten zu nutzen, z.B. ein „Forum der Macher“ zu etablieren, bei dem sich lokale Initiativen vorstellen können. Es gehe, so wurde betont, nicht unbedingt darum, alles neu zu machen. Bestehende Formate könnten auch neu gedacht werden, z.B. Vereinsschauen.

Bezüglich der Finanzierung wies ein Workshopteilnehmer darauf hin, dass man auch aufzeigen müsste, welche Summen für „schädliche“, d.h. nicht nachhaltige Strukturen aufgewendet werden, z.B. für die Sanierung baufälliger Tiefgaragen. Man müsste Transparenz schaffen, wann sich solche Investitionen amortisieren und dabei die laufenden Kosten ebenso deutlich darstellen.

Nach der Diskussion zum Vortrag wurde in zwei kleinen Arbeitsgruppen diskutiert. Die ursprüngliche Idee, mehrere verschiedene Kommunen, aus denen Vertreter im Workshop anwesend sind, zu behandeln und für diese eine Transformationsstrategie zu entwickeln, konnte nicht umgesetzt werden. Deshalb wurden in einer der Arbeitsgruppen allgemeine Ansätze zur kommunalen Nachhaltigkeitstransformation in einer Musterkommune besprochen, während die andere Arbeitsgruppe Möglichkeiten der Kooperation zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen auslotete.

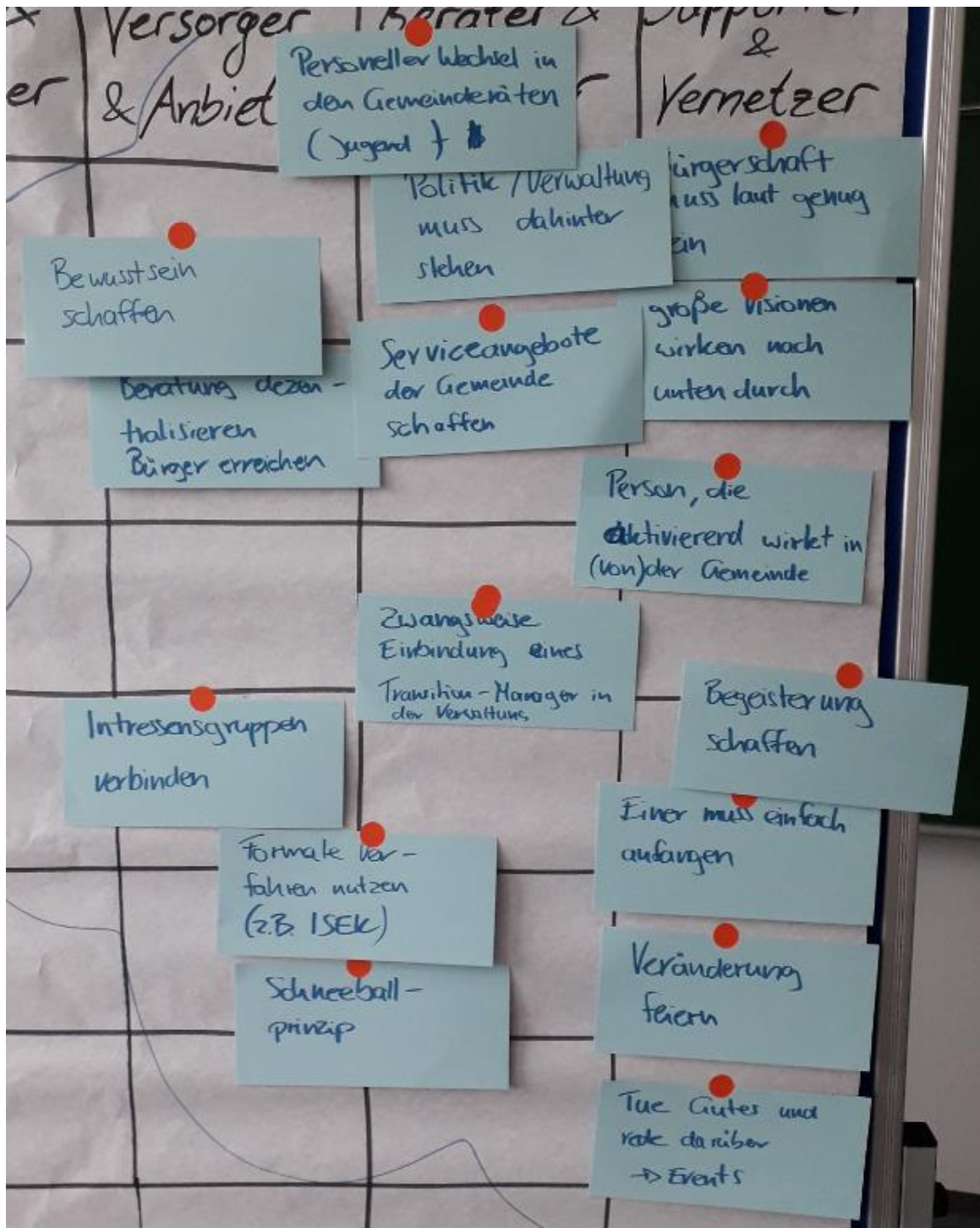
Arbeitsgruppe 1 diskutierte einzelne Maßnahmen, welche eine Kommune in ihren verschiedenen Rollen (siehe oben) in unterschiedlichen Handlungsfeldern wie Energieversorgung, Mobilität oder Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verwirklichen kann, um die lokale Transformation zur Nachhaltigkeit voranzutreiben. Die Ergebnisse der Diskussion wurden in einer Matrix festgehalten, die die vorgeschlagenen Maßnahmen in ihrer Zuordnung zu den Handlungsfeldern differenziert nach Rolle der Kommune enthält (siehe folgendes Foto und Anhang).



Wandelwerkstatt

Arbeitsgruppe 2 sprach über Handlungsmöglichkeiten und -voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit die Zivilgesellschaft vor Ort (im Verbund mit der Politik) für mehr Nachhaltigkeit in der Kommune eintritt. Als zentrale Erkenntnisse wurden folgende Punkte festgehalten (siehe auch das folgende Foto auf der nächsten Seite):

- Es müsse in der Öffentlichkeit Bewusstsein für die Notwendigkeit einer lokalen Transformation zur Nachhaltigkeit geschaffen werden bzw. vorhanden sein, wenn wirksame Schritte für den Wandel eingeleitet werden sollen. Es gelte, Begeisterung zu wecken.
- Personen, die aktivierend wirken, können ein Beitrag zur Sensibilisierung und Mobilisierung der Bevölkerung leisten. Entweder sind diese vor Ort oder können von der Gemeinde von außen eingeladen werden.
- Politik und Verwaltung müssten die notwendigen Veränderungen unterstützen, könnten sie sogar anstoßen, wenn sie große Visionen formulieren, die „nach unten“ in die Gesellschaft vor Ort durchwirken können. In manchen Gemeinde- bzw. Stadträten wäre dafür allerdings ein personeller Wechsel notwendig, damit Blockierer nicht Mehrheiten gegen den erforderlichen Wandel organisieren. Dafür brauche es aus der Bürgerschaft klare Forderungen. Auf Verwaltungsebene könnte ein Transition-Manager die Funktion eines Koordinators und Vernetzers wahrnehmen.
- Zum personellen Wechsel gehöre auch, die Jugend systematischer in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
- Die Gemeinde kann spezielle Serviceangebote zur Unterstützung lokaler Initiativen schaffen (z.B. Beratungsangebote). Dabei sei es eine Herausforderung, die Bürger tatsächlich auch mit den geschaffenen Angeboten zu erreichen. Hier könne besonders in größeren Städten bzw. großen Landgemeinden mit vielen Ortsteilen eine Dezentralisierung des Angebots sinnvoll sein.
- Es gelte, verschiedene Anspruchs- und Interessengruppen miteinander zu verbinden, um so zu einem Ausgleich zwischen möglicherweise widerstreitenden Interessen zu kommen.
- Etablierte Verfahren und Formate (z.B. ISEKs mit Bürgerkonferenzen) könnten genutzt werden, um Nachhaltigkeitsthemen mit der Bürgerschaft zu diskutieren und konkrete Maßnahmen in einem strategischen Prozess partizipativ vorzubereiten.
- Veränderung fange oft damit an, dass einfach jemand tätig wird. Nach dem Transition-Motto „Einfach jetzt machen“ müsse einer anfangen, um andere mitzuziehen und von der Umsetzbarkeit konkreter Maßnahmen zu überzeugen.
- Positive Veränderungen sollten gefeiert werden. Getreu dem Motto „Tu Gutes und sprich darüber“, sollten Events organisiert werden, die Breitenwirkung haben, um über Erfolge auf dem Weg zur kommunalen Nachhaltigkeitstransformation möglichst viele Leute mitzunehmen.



Am Beginn des zweiten Workshop-Tages wurden die Teilnehmer durch Moderator Götz Braun gebeten, kurz darzulegen, was ihnen von der vorangegangenen Diskussion am Vortag in Erinnerung geblieben ist. Dabei wurden folgende Punkte angeführt:

- Begriffe wie Nachhaltigkeit sollten anders gebraucht bzw. durch andere Begriff ersetzt werden. Etwa der Begriff der Enkeltauglichkeit sei eine passende alltagsweltliche Übersetzung.
- Das Konzept der Wirtschaftsförderung 4.0 enthalte viele Anknüpfungspunkte für konkrete Veränderungen vor Ort.

 Wandelwerkstatt

- Exnovationen, also bestimmte Gewohnheiten sein zu lassen, seien zentral für den Nachhaltigkeitswandel.
- Die Etablierung einer Prosumentenkultur, in der jeder etwas gibt und nicht nur Verbraucher ist, sei eine entscheidende Veränderung gegenüber unserer heutigen Lebens- und Wirtschaftsweise.
- Immer wieder gäbe es im Hinblick auf den Nachhaltigkeitswandel Diskussionen, wie realistisch dieser denn sei. Es gelte, durch konkrete Maßnahmen die Machbarkeit zu zeigen.
- Für den Nachhaltigkeitswandel braucht es ein systematisches Vorgehen, um in einzelnen Handlungsfeldern Ziele und Maßnahmen bestimmen zu können.
- „Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.“ Es gehe nicht nur um ein zielgerichtetes Vorgehen, sondern um konkrete Umsetzungsmaßnahmen, um tatsächlich auch Erfolg erzielen zu können.
- Es gelte das Motto „Tu Gutes und sprich darüber“.
- Oftmals höre die Begeisterung für eine Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit auf, wenn es um die Finanzierung gehe.
- Die vielerorts zu beobachtende Flächenexpansion müsse eingedämmt werden.
- Nachhaltigkeit müsse in den Kommunen zur Chefsache gemacht werden, also durch den Bürgermeister vertreten werden. Aber auch die Verwaltung müsse mitarbeiten.
- Spaß kann eine wichtige Motivation sei, sich für den Nachhaltigkeitswandel einzusetzen.

Als Impuls für die Diskussion im zweiten Teil des Workshops lieferte Danielle Rodarius in einem kurzen Vortrag konkrete Anregungen aus der Praxis, wie die Organisation und Verankerung transformativer Nachhaltigkeitsstrategien in Kommunen wirksam gelingen kann (siehe Präsentation zum Vortrag). Sie stellte u.a. eine Musterresolution für Kommunen vor, die die Ziele der Agenda 2030 auf lokale Ebene herunterbrechen wollen. Anhand des Beispiels der Stadt Pfaffenhofen a.d. Ilm zeigte sie, wie eine Nachhaltigkeitserklärung des Stadtrates Wirkung im politischen und Verwaltungshandeln entfalten kann. Als gelungenes Beispiel stellte sie außerdem die vom städtischen Büro für Nachhaltigkeit in Augsburg ausgearbeiteten Zukunftsleitlinien als ausdifferenziertes Zielsystem für die kommunale Nachhaltigkeitstransformation vor. Ein solches Zielsystem, das von Legislaturperioden losgekoppelt sein sollte, könne der Referenzrahmen für einen Nachhaltigkeitscheck für Beschlüsse des Stadt- oder Gemeinderates sein. Ihr Resümee war, dass man neben einer überzeugenden Haltung der Stadt- oder Gemeindeg Spitze in Person des Bürgermeisters ein Beteiligungsklima und eine Kultur des Zusammenwirkens schaffen müsse, um den Wandel zur Nachhaltigkeit vor Ort effektiv angehen zu können.

In der Diskussion wurde darauf eingegangen, Mitarbeiter in möglichst allen Dienststellen der Verwaltung im Hinblick auf Nachhaltigkeit weiterzubilden, anstelle alle Aktivitäten von einer einzigen Stabsstelle o.ä. ausgehen zu lassen, da diese ansonsten schnell überfordert sein könne aufgrund der Komplexität der Anforderungen.

Angeregt wurde, den kommunalen Klimanotstand auszurufen, wie dies in einigen Städten bereits vorgemacht wurde. Eine solche Aktion könne wachrütteln und aufgrund der Beschäftigung des Stadtrates mit der Materie konkrete politische Beschlüsse nach sich ziehen.

Ein Diskussionsteilnehmer fragte, wie die vorgestellten Beispiele am besten in die jeweiligen Kommunen weitergetragen werden könnten. Darauf wurde zunächst mit Verweis auf die im Vortrag von Danielle Rodarius vorgestellten Beispiele erwidert, dass es am sinnvollsten sei, eine gemeinsame Erklärung zu diskutieren und zu verabschieden, die den lokalen Bezug zum Thema herstellen kann.

 Wandelwerkstatt

Dabei sei es an der Zeit, gemeinsam zu handeln und nicht länger in Schemata von links und rechts oder progressiv und konservativ zu denken.

Der Aspekt, wie Bürgermeister und Stadträte zum richtigen Handeln in Bezug auf die erforderlichen Veränderungen für eine Nachhaltigkeitstransformation vor Ort gebracht werden können, wurde im Folgenden im Plenum weiter diskutiert. Folgende Vorschläge für ein wirkungsvolles Vorgehen in der Kommune wurden in der Diskussion zusammengetragen:

- Es könne sich – analog zum Transition-Town-Ansatz o.ä. – eine Gruppe gründen, in der sich Pioniere des Wandels zusammenfinden. Diese könnten als Gruppe einen Bürgerantrag stellen. Dabei könne es sinnvoll sein, bereits im Vorfeld des Antrags Gespräche mit den Vertretern der Fraktionen, mit dem Bürgermeister bzw. mit Vertretern der Verwaltung (z.B. Amtsleiter) zu führen, um sich einer grundlegenden Unterstützung gewiss zu sein. Alternativ könne im Rahmen einer turnusmäßig verpflichtend durchzuführenden Bürgerversammlung mit Mehrheit dort ein Antrag auf Befassung des Stadt- oder Gemeinderates mit dem Thema Nachhaltigkeits-transformation gestellt werden.
- Wichtig sei, von Beginn an auf möglichst breite Beteiligung zu setzen und den Prozess durch aktive Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten. Sinnvoll sei dabei, bestehende Bürgervereine und Initiativen mit ins Boot zu holen.
- Vorhandene Strukturen und gegebene Potenziale sollten positiv wahrgenommen und für eine Nachhaltigkeitsstrategie genutzt werden.
- Man solle darauf achten, möglichst nicht in Konfrontation zur praktizierten Politik zu argumentieren, keinen konfrontativen Kommunikationsansatz zu wählen und dadurch möglicherweise Gegnerschaften aufzubauen. Stattdessen sollte versucht werden, zu integrieren. Es sollten Angebote formuliert, Alternativen aufgezeigt und vor allem auch betont werden, was für „kleines Geld“ zu haben sein kann. Dementsprechend sollten die Vorschläge nicht von „Radikalist“ dominiert werden und nicht parteipolitisch „eingefärbt“ sein.
- Entscheidend sei gegenseitiges Zuhören. Bürger, Politiker und Verwaltungsbeschäftigte sollten sich auf Augenhöhe begegnen.
- Die vorgeschlagenen Ansätze sollten sinnvoll und umsetzbar sein. Mit Hinblick auf die Sinnhaftigkeit seien etwa in der Vergangenheit versuchte Formen des urbanen Gärtnerns an Hauptverkehrsachsen eher konterkarierend.
- Es gelte, die begrenzten Möglichkeiten des Ehrenamtes von Beginn an zu berücksichtigen. Dies sei besonders im Hinblick auf Verantwortlichkeiten für bestimmte Prozesse und Entscheidungen von Bedeutung.
- Im Prozess sollte versucht werden, verschiedene Interessen nach Möglichkeit zu bündeln, um so größtmögliche Koalitionen zu erreichen.
- Im Standortmarketing könnten Standortvorteile, die sich aus einer nachhaltigen Entwicklung am Ort ergeben, aktiv kommuniziert werden.
- „Abgehängte“ Regionen sollten bewusst gestärkt werden. Dabei sei darauf zu achten, dass man gegen den Wettbewerb der Städte und Regionen wirken und diesen nicht noch zusätzlich anheizen sollte.
- Entscheidungen, die aus Nachhaltigkeitsgründen getroffen werden, hätten in den meisten Fällen nicht nur Gewinner, sondern auch – und trotz Beteiligung – Verlierer (z.B. Bauunternehmer, die bei einer konsequenten Innenentwicklung Ausfälle befürchten müssten). Dies müsse immer bedacht und Achtsamkeit gegenüber der Möglichkeit des Verlustes anderer geübt werden. Für letztere gelte es, nach Möglichkeit alternative Lösungen anzubieten. Angesichts dessen,

Wandelwerkstatt

dass es auch Verlierer geben kann, brauche es den Mut zu Konflikten. Den Verlierern sollten in jedem Fall die Entscheidungen gut begründet werden.

- Indem man alternative Entscheidungsfindungsprozesse etabliert, kann es auch gelingen, zu Konsensentscheidungen zu kommen oder einen Konsent herbeizuführen, bei dem es keine wesentlichen Widersprüche gegen die gefundene Lösung gibt.
- Regionale Identität könne ein mögliches Dach für zahlreiche Initiativen und Aktivitäten im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit sein. Unter diesem Dach könnten verschiedene Themen und Akteure zusammengeführt werden.
- Es brauche auch Mut, Veränderungsprozesse anzustoßen.
- Man solle sich immer wieder vergegenwärtigen, aus welcher Motivation heraus man sich für die kommunale Transformation einsetzt. Eine hilfreiche Motivation könne das Ziel der „Enkeltauglichkeit“ sein. Derartige Motive und Haltungen wären gut zu kommunizieren.
- Man könne als Pionier eine Vorbildfunktion für andere einnehmen und dadurch potenzielle Mitstreiter ermutigen, sich ebenfalls für eine gelingende Transformation zur Nachhaltigkeit in der Kommune zu engagieren.
- Man müsse in den Kommunen teilweise mit desinteressierten, demotivierten Gemeinde-, Stadt- oder Kreistratsmitgliedern umgehen, denen die Lust an der Gestaltung fehle.
- Es sollte um die Förderung der regionalen Wirtschaft statt global tätiger Unternehmen gehen.
- Die Entscheidungsträger könnten bei manchen Entscheidungen entlastet werden, indem die Einbindung sachkundiger Bürger versucht und deren Expertise genutzt wird. Hierbei müsse neben dem Sachverstand berücksichtigt werden, dass die Experten politisch neutral sein sollten. Es stelle sich die Frage, wie man derartige Experten finden kann und wer diese zur Mitwirkung einladen sollte.
- Um eine Brücke zwischen Bürgern und Verwaltung zu schlagen, könnten auch Beiräte installiert werden, in denen Sachfragen besprochen werden.
- Nicht nur auf politischer Ebene, auch in den Unternehmen sollten Fragen der Nachhaltigkeit in ihrer Interdisziplinarität diskutiert werden, um das Verständnis für bestimmte nachhaltigkeitsbezogene Entscheidungen zu verbessern.

Fazit:

Im Rahmen des Forums 1.5 spielt die Frage nach der politischen Gestaltung der Transformation zur Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene eine entscheidende Rolle. Der Workshop hat einige praktische Möglichkeiten der gezielten Beeinflussung von Entscheidungen vor dem Hintergrund des erforderlichen Nachhaltigkeitswandels aufgezeigt. Neben konkreten Ansatzpunkten und einzelnen Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit vor Ort mussten aber auch einige grundlegende Fragen offen bleiben, etwa wie es gelingen kann, möglichst viele Entscheidungsträger zu begeistern und Pioniere des Wandels besser zu unterstützen. Besonders Fragen der überfraktionellen Bearbeitung des Nachhaltigkeitsthemas stellten sich. Derartige Fragen sollten in weiteren Veranstaltungen besprochen werden.

Wandelwerkstatt

Anhang: Maßnahmen für den kommunalen Nachhaltigkeitswandel in einer Musterkommune

	Verbraucher & Vorbild	Planer & Regulierer	Versorger & Anbieter	Berater & Promoter	Supporter & Vernetzer
Bauen & Wohnen	Nutzung Erbbaurecht Konzeptvergabe statt Versteigerung	Teilr. Wohnungsentwicklung (Altersstruktur, Zielgruppen, etc)			
Energie		Energieautarkes Quartier (Bsp. Zukunft Kreuz); zusammen mit Stadtwerken	Energiespar und -nutzungskonzepte in eig. Gebäuden	Dächerprogramm „Solar-Dach“ e.G. -> gemeinsch. Finanzierung	
Mobilität	Kommunale Fahrzeuge elektrisch und kleinere Dienstwagen	Parkgebühren (hoch), Bus-ticketpreise (runter)	Regionales ÖPNV-Konzept (Stadt-Land) Carsharing in ÖPNV integrieren	Beratung & Förderung Car-sharing	Lastenradverleih (non profit)
Ernährung	Regional & ökolog. Erzeugte Produkte/Lebensmittel in öff. Großküchen	Stadt & Land Partnerschaft Regionalversorgung (aus bestehenden Programmen)		Initiator für Prosumenten-Struktur: - Solawi (auch mehrere Höfe) - Großküchen (KiTas etc.) als Abnehmer	
Wirtschaft	Gemeinwohlökonomie-Gemeinde(-bilanz)	Einkaufszentren auf der grünen Wiese unterlassen		Initiator Solidarische Handwerksbetriebe (Bäckerei, etc.) Wettbewerb kommunal. Umweltfreundlicher Betrieb mit Preisverleihung	
Konsum	Fairtrade Town Nachhaltige Beschaffung				
Bildung & ÖA	Qualifizierung der Verwaltungs-MitarbeiterInnen + Stabsstelle		Infomaterial für Kitas etc. „Grünes Bayreuth“	Ernährungsrat einberufen Klimawandel in Bildungsprogrammen verankern, z.B. „Fasten-gruppe“	
Artenschutz	Ausweitung Blühwiesen auf komm. Flächen Grüner Rathausvorplatz	Programm: wenn 1 Baum weg, müssen 2 gepflanzt werden		„Was blüht denn da?“ (priv Haushalte)	
Vereine & Soziales					Transitionbewegung ideell und finanziell unterstützen
Beteiligungen & Zweckverbände					

Wandelwerkstatt

Übergreifend	CO ² -Steuer zur Refinanzierung des ÖPNV einführen	CO ² -Kompensation zur Aufforstung (ind./komm. 50:50% Förderung o.Ä.)	Privatwirtsch. Aktivitäten Globaler Süden unterstützen	Kommunale Förderung + Service Bereich Energie & Wohnen	Informationsstand über techn. Entwicklung (Kostendegression) in Verwaltung streuen
	Informationen / Daten techn. In kommunaler Hand statt Google etc.	„UVP – Umweltverträglichkeitsprüfung“ für Förderanträge	Leitbild für eine „Green City“ entwickeln	Kommunaler Verwaltungsaustausch Globaler Süden (SKEW)	Nachhaltigkeitschecks bei Stadtratsbeschlüssen